

halten ... Johannes Paul ließ eine moralisch aufrüttelnde Botschaft für ein Volk zurück, das sie zu brauchen schien“ (15. 10. 79).

Skeptischer werden allgemein die Wirkungen des Papstbesuchs auf den amerikanischen Katholizismus beurteilt, für den dieses Ereignis natürlich zunächst eine unerhörte Aufwertung innerhalb der amerikanischen Gesellschaft bedeutete, in dessen Reihen aber auch kritische Stimmen hörbar waren. „Die außerordentliche Wirkung der

Persönlichkeit Johannes Pauls II. in einer von Schwäche gekennzeichneten Umgebung muß getrennt gesehen werden von dem Einfluß, den der Papst auf die durch geistige und soziale Umwälzungen tief beunruhigte Gemeinschaft der amerikanischen Katholiken auszuüben vermag“ (Neue Zürcher Zeitung, 10. 10. 79). Der Papst hat eine Herausforderung für den amerikanischen Katholizismus ausgesprochen, die viele gleichermaßen ermutigt wie irritiert hat. U. R.

stärkste sozialpolitische Erklärung der brasilianischen Kirche der siebziger Jahre. Es erschien unter der Verantwortung des Präsidiums und der Pastorkommission der Brasilianischen Bischofskonferenz (CNBB) und fußt auf einer von den Bischöfen in Auftrag gegebenen Studie des der CNBB angegliederten „Brasilianischen Instituts für soziale Entwicklung (IBRADES)“. Mit diesem Dokument haben die Bischöfe die Grundsatzerklärung „Anforderungen aus christlicher Sicht an eine politische Ordnung“, verabschiedet im Februar 1977 im Rahmen der 15. Vollversammlung, aktualisiert und fortgeschrieben. Im Unterschied zu anderen Verlautbarungen der brasilianischen Bischöfe war das damals in Itaipú verfaßte Dokument (vgl. HK April 1977, 174f.) in der Form und streckenweise auch im Inhalt ein Lehrschreiben alten Stils, das mit 210 zu 3 Stimmen angenommen worden war und offenbar einen mit Mühe erreichten Kompromiß aller Strömungen im Episkopat darstellte.

Die jüngste Erklärung ist von der derzeit nach allen Seiten taktierenden Regierung als störend empfunden worden und dürfte die *latent vorhandene Unruhe* im Volk schüren. „Unser Anliegen ist es, beim Aufbau eines Vaterlandes mitzuwirken, dessen Größe vor allem in der Förderung des Glücks und der Freude seiner Bevölkerung besteht.“ Dieser einleitende Satz macht das für die gesamte Erklärung bezeichnende Selbstverständnis der brasilianischen Kirche deutlich, die hier nicht wie in der oben erwähnten Stellungnahme als belehrende Beobachterin auftritt, sondern als betroffener und engagierter Teil des Volkes. Ihre theologischen Begründungen für die brisante Erklärung, der sündhafte Charakter sozialer Ungerechtigkeit und das verpflichtende Engagement für die Armen, schöpfen die Bischöfe aus den Lehren von Medellín und Puebla.

Wie die Ende Oktober 1978 veröffentlichten „Überlegungen zur nationalen Situation“ beginnt das eigentliche Dokument mit der höflichen Feststellung, Brasilien befinde sich in einer schwierigen Phase des Übergangs, die zum Überdenken der bisherigen Politik

Die Bischöfe Brasiliens zur Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung

Seit dem Amtsantritt des neuen brasilianischen Präsidenten *João Figueiredo* stehen die Nachrichten aus diesem größten lateinamerikanischen Land im Zeichen einer vorsichtigen politischen Liberalisierung, dem Beginn einer Demokratisierung, die der neue Präsident bereits Ende 1980 zu Ende geführt haben will. Die Aufhebung der 10 Jahre geltenden Ausnahme Gesetze, die Verkündigung des weitreichenden Amnestiegesetzes am 22. August und die von kirchlicher Seite offenbar positiv gewerteten ersten Gespräche mit der neuen Regierung nach einer mit Konzilsende begonnenen langen Phase skeptischer Distanz und gelegentlicher offener Feindseligkeiten sind politische Fakten von hervorragender Bedeutung. Sie lassen den Schluß zu, daß die neue Regierung es mit der *Demokratisierung* ernster meint als andere Regime des Kontinents, die zwecks Verlängerung ihrer Herrschaft wohlklingende Namen für wenig veränderte autoritäre Staatsformen erfinden wie die „geschützte Demokratie“ in Chile oder Boliviens „neue Ordnung“.

Parallel zu dieser politischen Öffnung häufen sich jedoch die Anzeichen für eine ernste *Wirtschaftskrise*, die ihren Höhepunkt noch nicht erreicht haben dürfte. Ungeachtet offizieller Beschönigungen und propagandistisch geschminkter Ursachenforschung, die etwa „das Öl“ für alles verantwortlich

machen will, wächst im Lande die Kritik an der Wirtschaftspolitik. Der karikierende Satz „Der Wirtschaft geht es gut, nur dem Volk geht es schlecht“ aus der Zeit des sogenannten brasilianischen Wirtschaftswunders gilt nicht mehr; es geht beiden schlecht. Alle Versuche der neuen wie der vorherigen Regierung zur Senkung der Inflation und zur Stabilisierung der Auslandsverschuldung sind fehlgeschlagen. Zu diesen alten Problemen kommen die seit Beginn des Jahres sich ausweitenden Streikunruhen in allen wichtigen Zweigen der brasilianischen Wirtschaft.

Die Verarmung wächst

In dieser gespannten wirtschaftlichen und politischen Lage treten die katholischen Bischöfe Brasiliens mit einem Dokument an die Öffentlichkeit, in dem die Kirche nicht nur eine *radikale Änderung der Wirtschaftspolitik*, sondern auch eine Abkehr von den ihr zugrundeliegenden ökonomischen Theorien vorschlägt. „Orientierungspunkte zur Sozialpolitik“ ist das jüngste Dokument der Brasilianischen Bischofskonferenz überschrieben, das am 6. September offiziell dem neuen Staatspräsidenten *João Figueiredo* überreicht wurde. Das Dokument enthält die mutigste, modernste und aufs Ganze gesehen, auch inhalts-

und zur Neubesinnung anrege. Es folgt eine schonungslose Analyse der brasilianischen Wirtschaftspolitik. Ihr liegen statistische Ermittlungen des DIEESE-Instituts (Intersyndikale Abteilung für Statistik und sozial-ökonomische Studien) zugrunde, die für sich sprechen: So hat die die *Konzentration der Einkommen* begünstigende Politik dazu geführt, daß 1976 20 Prozent der Bevölkerung bereits 67 Prozent des Nationaleinkommens auf sich vereinigten (1960 waren es 54,35 Prozent), während die Hälfte der Bevölkerung mit nur 11,8 Prozent (1960 waren es immerhin noch 17,71 Prozent) beteiligt war. Erschwerend kommt hinzu, daß sich die Prozentzahlen auf das real verteilte Einkommen des werktätigen Bevölkerungsteils erstrecken. Unberücksichtigt bleibt das Heer von Arbeitslosen und nicht gemeldeten Gelegenheitsarbeitern. Das brasilianische Wirtschaftswunder mit seinen zeitweise phantastischen Wachstumsraten ließ das mittlere Einkommen der 50 Prozent Armen in demselben Zeitraum auf das Doppelte ansteigen, während das der 5 Prozent Reichsten des Landes um das Vierfache stieg und 1976 33mal höher lag als das der armen Bevölkerungshälfte.

Immer noch eine Art Sklavenhaltergesellschaft?

Das bischöfliche Dokument sieht in dieser *ungleichen Güterverteilung* einen „Affront gegen die Armen“: „Wir haben es hier mit einer Verzerrung zu tun, aufgrund deren die Reichen immer reicher werden, und zwar auf Kosten der Armen, die immer ärmer werden.“ Motor dieser wirtschaftlichen Entwicklung ist nach Auffassung der Bischöfe die *brasilianische Gesellschaftsstruktur*, der sie angesichts mancher politischen und wirtschaftlichen Veränderungen eine „schreckenerregende Stabilität“ bescheinigen: „Die heutige brasilianische Gesellschaft unterscheidet sich, real betrachtet und in ihrer fundamentalen Struktur, nicht wesentlich von der Sklavenhaltergesellschaft, aus der sie geschichtlich hervorgegangen ist.“ Die juristische Gleichheit aller kaschiere lediglich eine

radikale Ungleichheit. In der Terminologie der Sklavenhaltergesellschaft heißt es: „Die Herren können sich alle Konsumgüter und Dienste leisten, angefangen von den gefälligen bis zu den skandalösesten. Die Diener hingegen überleben gerade. Das heißt: sie kommen gerade an die Güter und Dienstleistungen heran, mit denen sie überleben und sich fortpflanzen können, da ohne sie das System zusammenbräche.“

In ihrer Erklärung gehen die Bischöfe auch auf die einzelnen Schwerpunkte der brasilianischen Wirtschaftspolitik ein, die das Regime ungeachtet *offensichtlicher Fehlentwicklungen* und auf Kosten der Wahrheit gegenüber jeglicher Kritik verteidigt. In diesem Teil wechseln präzise soziologische oder ökonomische Aussagen mit die staatliche Propaganda demaskierenden Feststellungen. So heißt es zu der These: Erst Wachstum, dann Wohlstand. „Häufig ist zu hören, man müsse zunächst den Kuchen groß genug backen, um ihn dann verteilen zu können. Größere Aufmerksamkeit als dieses Gerede verdienen die Klagen des Volkes, das vergebens darauf wartet, daß der Kuchen nun endlich aufgeteilt werde. Außerdem argwöhnt das Volk, daß sich gewisse Leute schon im Vorhinein bedienen, ohne daß jemand den Finger darauf legt, wodurch der Kuchen gleich klein bleibt... Es sind Mißstände anzuklagen, die zu den verschiedensten Formen einer geradezu gefräßigen *Korruption* führten, die das autoritäre Regime nicht nur nicht auszumerzen imstande war, sondern bis zu einem gewissen Grad noch schützte, indem es sie ungestraft davonkommen ließ.“

Gescheitert ist die brasilianische Wirtschaftspolitik nach Auffassung der Bischöfe in der Bekämpfung der Inflation durch anhaltendes Einfrieren der Löhne, was lediglich eine Verarmung der Armen zur Folge gehabt habe. So betrage die *Kaufkraft* der Mindestlöhne heute nur 70 Prozent der Kaufkraft von 1964. Die als große soziale Errungenschaft angekündigte halbjährliche Überprüfung und Angleichung der Nominallöhne an die Lebenshaltungskosten lehnen die Bischöfe als unzureichend und unsozial

ab: „Für Familien, deren Einkommen das Existenzminimum nicht übersteigt, bedeutet eine solche Regelung in Wirklichkeit, daß sie immer auf demselben Niveau bleiben und niemals die Chance eines Aufstiegs haben... Man gibt der Arbeiterschaft die Mittel, die sie braucht, um überleben und sich fortpflanzen zu können in einer Nachkommenschaft, die von Mangelercheinungen mit nicht wiedergutzumachenden Folgen geprägt ist. Weiterhin würde man den Fortbestand eines billigen Arbeitsmarktes garantieren und damit einem spürbaren Absinken der Nachfrage vorbeugen, wodurch das System, so wie es bisher funktioniert, ja bedroht werden könnte. Es wäre ein Entgegenkommen, aber keine Gerechtigkeit.“ Gescheitert sei die Wirtschaftspolitik auch in ihrem Bemühen, die Auslandsverschuldung über hohe Exportquoten zu verringern. Brasilien steht mit seinen Nahrungsmittelexporten – Regierungsangaben zufolge – weltweit an zweiter Stelle, muß aber Grundnahrungsmittel einführen, die bei weitem den Bedarf nicht decken. In dieser kritischen Wirtschaftslage machen die Bischöfe auf einen ihrer Meinungen nach verhängnisvollen sozialpolitischen Trend aufmerksam: Die politische Öffnung habe die Kampfkraft organisierter Gruppen verstärkt, die in zunehmendem Maße in der Lage seien, die Regierung unter Druck zu setzen. Dies habe schon jetzt dazu geführt, daß die Regierungspolitik nur „auf der Grundlage von Konflikten“ korrigiert werde. Aus diesem in den Augen der organisierten Arbeitnehmer wie auch der Kirche berechtigten Arbeitskampf resultierende Verbesserungen änderten jedoch nichts an der strukturellen Ungerechtigkeit, unter der Millionen von Menschen litten, die sich nicht in pressure groups organisieren könnten. Zusammenfassend schreiben die Bischöfe: „Die Folgen der Wirtschaftspolitik... deuten alle in ein und dieselbe Richtung: Es ist nicht länger möglich, die Auswirkungen dieser Politik zu korrigieren, ohne an die Wurzeln vorzustoßen. Man kann nicht länger die Konflikte einfach abwarten, um dann Zugeständnisse zu machen. Die zu-

ständigen Stellen kommen nicht mehr daran vorbei, die Politik in Frage zu stellen, nach der die ganze Planung des nationalen Lebens konzipiert wird.“

In den Menschen investieren

Die Empfehlungen für eine solche neue Wirtschaftsordnung reichen von ethischen Grundsatzentscheidungen bis zu konkreten wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Sie soll den Menschen in den Mittelpunkt der Politik stellen. Freilich müsse die Regierung Mut und schöpferische Phantasie entwickeln, um etwa Anreize für die Besitzenden zu schaffen, in wirklich soziale Projekte zu investieren. Hier sprechen sich die Bischöfe quasi für eine zumindest teilweise gelenkte Planwirtschaft aus, in der zum Beispiel die Grundnahrungsmittel rigoros festgesetzte Preise hätten. Zur Stabilisierung dieser Politik empfehlen die Bischöfe unter Hinweis auf das Beispiel anderer Länder eine *hohe Besteuerung aufwendiger Konsumgüter*, Preisstützungen, Kreditvergünstigungen für Produktionen, die für den inländischen Markt bestimmt sind, und Maß-

nahmen, die „Investitionen für den pompösen und überflüssigen Konsum uninteressant werden lassen“.

Eine solche *ethosbestimmte Umstrukturierung* der brasilianischen Wirtschaft muß, nach dem allgemeinen politischen Willen und dem gegenwärtigen Bewußtseinsstand der in Politik und Wirtschaft maßgeblichen Kräfte zu urteilen, als reine Utopie erscheinen. Es stellt sich die Frage, ob die Bischöfe in der Wahrnehmung ihres prophetischen und pastoralen Auftrags mit diesem Dokument nicht an die Grenzen ihrer Zuständigkeit stoßen (ob ihre ökonomischen Rezepte – wenn dies auch von zweitrangiger Bedeutung ist – in Brasilien überhaupt durchführbar sind). Für die Bischöfe waren aber offenbar vor allem zwei Dinge ausschlaggebend: Zum einen bietet die politische Übergangsphase Gelegenheit zur Überprüfung oder gar Revision einer Menschen geringschätzenden Wirtschaftsordnung, der zudem jede langfristige Perspektive fehlt. Der Satz „Der größte Reichtum, den wir haben, ist der Reichtum an Menschen“ mag in den Ohren auch nachdenklicher brasilianischer Politiker anstößig oder makaber klingen. In seiner wirtschaftspolitischen Bedeutung

könnte man ihn jedoch durchaus dem alternativen Denkmodell zuordnen; unter ethisch-moralischem Gesichtspunkt ist er ohnehin berechtigt.

Die zweite Motivation für eine solche kirchliche Stellungnahme ist eminent *politischer* Natur: Die Bischöfe drängen die Regierung nachdrücklich zu „einigen wenigen“, die jetzige Wirtschaftspolitik revidierenden Entscheidungen, die Brasilien davor bewahren sollen, die Erfahrungen anderer kapitalistischer Länder lediglich mit einer Zeitverzögerung zu wiederholen, während diese sich „anschicken, den von ihnen erzielten Entwicklungsstand radikal in Frage zu stellen. Denn nichts garantiert ihnen, daß es sinnvoll sei, um jeden nur möglichen ökologischen Preis die Produktion unendlich zu steigern, um dadurch eine unersättliche und sinnlose Konsummentalität zu nähren.“ Daß eine solche Warnung aus dem Mund von Bischöfen kommt, macht sie nicht weniger bedenkenswert. Für die brasilianischen Kirchenführer gehört diese Mahnung in die Zukunft offenbar ebenso zu ihrer pastoralen Aufgabe wie das auf das Heute gerichtete Engagement für die Millionen Armen Brasiliens. G. B.

Gesellschaftliche Entwicklungen

Die rechtspolitische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland

Zu einer Erklärung aus dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken

Die Kommission I („Politik, Verfassung, Recht“) des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (Vorsitz: Professor Hans Buchheim, Mainz) hat einen umfangreichen „*Diskussionsbeitrag*“ zur rechtspolitischen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland vorgelegt. Schon der Untertitel „*Kritische Anmerkungen*“ macht deutlich, daß vor allem auf tatsächliche oder mögliche Fehlentwicklungen hingewiesen und vor Verschärfung solcher Fehlentwicklungen gewarnt wird. Obwohl das Papier, wie es ein-

gangs heißt, nur „auf einige Tendenzen in der Rechtsentwicklung sowie in den rechtspolitischen Vorstellungen unserer Gesellschaft aufmerksam machen (will)“, kommen doch die verschiedensten Felder der Rechtspolitik und der Gesetzgebung zur Sprache: vom Strafvollzug über das Eherecht bis zur Entwicklung des Eigentumsrechts, vom Abtreibungsstrafrecht bis zum Recht der elterlichen Sorge und zum Entwurf eines neuen Jugendhilfegesetzes.